

kaum zum Programm»



Stefan Andereg

Nein. Es braucht vielleicht gezielte Anpassungen bestehender Normen, sicher keinen Gesetzes-schunken.

Schwer wiegt dafür das Umsetzungs-gesetz zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Sind Sie mit dem verschärften Inländervorrang zufrieden, der sich als Lösung im Ständerat abzeichnet?

Der parlamentarische Prozess läuft noch. Ich kommentiere diesen nicht.

Stimmen Sie mir wenigstens zu, dass das mit dem Verfassungsauftrag nichts mehr zu tun hat?

Wenn sich diese Lösung durchsetzt, dann enthält sie zwar keine Höchstzahlen und Kontingente. Aber sie umfasst Elemente zur Steuerung und nimmt – wie es in der Verfassung steht – Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen.

Noch einmal: Wird für Sie so der Volkswille adäquat umgesetzt?

Es ist eine Lösung, mit der die EU wohl leben können muss. Diese Lösung respektiert den Volkswillen also auch insofern, als sie ermöglicht, Arbeitsplätze und Wohlstand sowie die Beziehungen zur EU zu erhalten. Es ist ein pragmatischer Weg im Gesamtinteresse des Landes.

Sie winden sich um eine klare Antwort. Dabei hat sie der Bundesrat doch schon gegeben mit dem Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative, die die MEI rückgängig machen will: Weil das Gesetz zu stark von der Verfassung abweicht, soll diese angepasst werden.

Der Bundesrat lehnt Rasa ab, hat sich beim Gegenvorschlag inhaltlich aber noch nicht festgelegt. Das ist ein Prozess, um die beiden Enden einander anzunähern: die

«Das ist eine elegante Art, nach meinem Rücktritt zu fragen.»

Steuerung der Zuwanderung und die aussenpolitische Realität. **Das Problem ist: Das Volk hat bei der Rasa-Abstimmung keine echte Wahl. Oder wie soll jemand stimmen, der die MEI wortgetreu umgesetzt haben will?**

Wenn es so weit ist, werden wir den Stimmberechtigten aufzeigen, warum sie Rasa ablehnen und einem Gegenvorschlag des Bundesrates zustimmen sollen. **Das beantwortet die Frage nicht. Was macht Sie so sicher, dass es nicht zu einem doppelten Nein kommt – und damit zum Scherbenhaufen?**

Ich gehe davon aus, dass auch jene, die der MEI zugestimmt haben, an einer Lösung interessiert sind, die Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. Denn mit dem Ja zur MEI haben sie ja auch Ja gesagt zu den wirtschaftlichen Gesamtinteressen. Wir arbeiten auf einen Gegenvorschlag hin, der so überzeugend sein wird, dass er eine Mehrheit findet. **Spekuliert der Bundesrat nicht vielmehr darauf, dass es nie zur Abstimmung kommt? Das wäre**

IM GESPRÄCH

Kurz nach 7 Uhr morgens fährt Johann Schneider-Ammann in der Bundesratslimousine vor dem Bundeshaus Ost vor. Eine Viertelstunde später empfängt der Bundespräsident im Sitzungszimmer neben seinem Büro zum Gespräch. Kurzes Lächeln, fester Händedruck – los gehts. Für Smalltalk hat er keine Zeit, in einer Stunde wartet bereits der nächste Termin. Seine Agenda ist randvoll. Trotzdem wirkt er nicht gehetzt. Der FDP-

Magistrat hört aufmerksam zu, wägt ab, antwortet überlegt. Im Laufe des Gesprächs wird er etwas lockerer, wenn auch nie ganz entspannt. Kontrolle und konzentrierte Ernsthaftigkeit dominieren. **Spricht der 64-Jährige Berner Ex-Unternehmer über Digitalisierung und Industrie 4.0, blitzt Passion auf.** Geht es hingegen um das heisse Dossier der Zuwanderungsinitiative, kommt der Wirtschaftsminister ins «Dribbeln». *pm*

ohne Referendum gegen das MEI-Gesetz und bei einem Rasa-Rückzug der Fall.

Nein. Der Bundesrat spekuliert nicht, sondern verfolgt seit langem eine klare Zielsetzung: die Umsetzung des Volkswillens zur Steuerung der Zuwanderung und die Sicherung des bilateralen Weges. Wir gehen Schritt für Schritt. Warten wir nun die Entscheidung des Parlaments ab.

Warum lässt der Bundesrat dem Volk nicht eine klare Wahl: MEI oder Bilaterale?

Damit würde der Bundesrat die Bilateralen zur Disposition stellen, die für unser Land zentral sind.

Das heisst: Er tut es nicht, weil er eine Niederlage fürchtet.

Nein, das ist keine Strategie der Angst. Der Auftrag des Bundesrates ist es, den Volkswillen zu respektieren und den bilateralen Weg zu sichern. Um beide Ziele zu erreichen, braucht es ein pragmatisches Vorgehen, wie es nun aufgeleitet ist.

So oder so: Kaum einer rechnet damit, dass Sie noch im Amt sind, wenn Rasa wohl 2018 an die Urne kommt. Wie sehen Ihre Pläne aus?

Das ist jetzt aber eine elegante Art, nach meinem Rücktritt zu fragen. Doch ich muss Sie enttäuschen: Ich denke nicht daran. Ich habe Spass an meinem Job und noch viel vor.

Sind Sie es noch nicht leid, unter Dauerbeobachtung zu stehen und für jeden Auftritt kritisiert zu werden?

Nein. Zumal ich durchaus auch Anerkennung ernte, auch wenn das einzelne Medien nicht immer wahrhaben wollen.

Können Sie harsche Kritik wie nach Ihrer missglückten Rede zum Tag der Kranken einfach wegstecken?

Ich gebe gerne zu, dass das wehgetan hat. Dieser Auftritt ist misslungen, da sind Fehler passiert, das lässt sich nicht mehr ändern.

Wie gehen Sie damit um, dass auch über Ihren Gesundheitszustand spekuliert wird?

Es ist eine Zumutung, wenn man sich gegen boshafte Unterstellungen wehren muss, die weder Hand noch Fuss haben. Ich habe hart gearbeitet, war viel unterwegs und hatte bisweilen mit dem Jetlag zu kämpfen, das stimmt. Aber das hat nichts mit meiner Gesundheit zu tun. Und ein hartnäckiger Husten war im Sommer echt unangenehm, hat mich aber nicht eingeschränkt.

Ist die Gesundheit von Bundesräten Privatsache?

Nein. Aber das heisst nicht, dass alles erlaubt ist.

Wie geht es Ihnen heute?

Es geht mir gut. Ich bin gesund, fit und voll einsatzfähig.

Haben Sie sich im Präsidentschaftsjahr zu viel zugemutet? Sie absolvieren ein Monsterprogramm.

Ich denke nicht. Natürlich habe ich mich mitunter gefragt, wo die Grenzen liegen. Überschritten habe ich sie nie.

Und wie sieht Ihre Bilanz aus?

Was zählt ist, dass die Schweiz gut dasteht. Wir sind ganze vorne bei der Innovation, haben eine tiefe Arbeitslosigkeit. Dafür habe ich mich eingesetzt. Neben der Europafrage, in die ich viel Energie gesteckt habe, stand die ausser-europäische Freihandelspolitik im Vordergrund. Das hat lange Flügel erfordert und war anstrengend, aber auch erfolgreich. Letzte Woche haben wir zum Beispiel in Mexiko die Erneuerung des Freihandelsabkommens in die Wege geleitet. Ich bin bisher zufrieden mit dem Präsidentschaftsjahr: Es ist eine intensive Herausforderung, aber es lohnt sich.

Interview: Peter Meier

Gewerbe und Bauern mit neuer Idee

RENTENREFORM Gewerbe- und Bauernverband lancieren einen Kompromissvorschlag. Die AHV wollen sie nur für Personen mit tiefen Renten erhöhen, für diese aber stärker als bisher diskutiert – sogar noch stärker als von links verlangt.

Ist das der Durchbruch? Bisher stehen sich in der Rentenreform zwei Lager gegenüber. SP und CVP wollen die AHV für alle Neurentner ab 2018 um 70 Franken im Monat erhöhen, für Ehepaare sogar um bis zu 226 Franken. SVP und FDP lehnen einen Ausbau der solidarisch finanzierten AHV ab, dafür wollen sie das individuelle Vorsparen in der 2. Säule, den Pensionskassen, stark ausbauen.

118 statt 70 Franken

Doch nun lancieren der Gewerbe- und der Bauernverband einen überraschenden Kompromissvorschlag, der irgendwo in der Mitte der zwei Lager liegt. Er sieht ebenfalls einen Ausbau der AHV vor, aber ausschliesslich für Personen in bescheidenen Verhältnissen. Die genaue Umsetzung ist noch offen, den Rahmen stecken die Verbände aber ab: Pro Jahr sollen rund 300 Millionen Franken zusätzlich in die AHV fliessen. Das soll dazu ausreichen, die tiefsten AHV-Renten um etwas mehr als 10 Prozent zu erhöhen. Das wäre bei den Minimalrenten mehr, als die Linke mit der AHV-plus-Initiative verlangt hatte, die das Stimmvolk im September ablehnte. Bei einer 10-prozentigen Erhöhung steigen die Minimalrenten, die heute bei voller Beitragsdauer 1175 Franken im Monat betragen, um 118 Franken. Das Gewerbe-Bauern-Modell würde die AHV für das gesamte untere Lohnspektrum erhöhen (siehe Grafik).

300 statt 1400 Millionen

Die Unterschiede zum Plan von SP und CVP: «Wir wollen die AHV nicht flächendeckend ausbauen, sondern nur für die, die es nötig haben», so Kurt Gfeller, Vizedirektor des Gewerbeverbands. Durch die Fokussierung auf die unteren Einkommensschichten fallen die Kosten des AHV-Ausbaus massiv tiefer aus. Mit 300 Millionen Franken pro Jahr lägen sie weit unter den 1,4 Milliarden, die der flächendeckende 70-Franken-Plan gemäss CVP und SP kostet (Zahlen für das Jahr 2030). Unterschiedlich ist auch die Finanzierung: Gewerbe und Bauern wollen ihren kleinen AHV-Ausbau nicht über Lohnabzüge sondern über eine zusätzliche Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,1 Prozentpunkt, womit sich auch die Rentner daran beteiligen müssten. Damit würde die Mehrwertsteuer noch

stärker steigen. Das Parlament will sie sowieso schon um 1 Prozentpunkt anheben, um die AHV etwa bis 2030 zu stabilisieren.

SVP/FDP-Version «zu teuer»

Erstaunlich ist, dass gerade der Gewerbeverband einen solchen Vorschlag macht, hat er doch ursprünglich jegliche Mehrwertsteuererhöhung für die AHV abgelehnt. Das Entgegenkommen hat aber einen Grund: Für Gewerbe und Bauern wäre die Lösung, die SVP/FDP im Nationalrat durchgesetzt haben, noch schlimmer als der flächendeckende AHV-Ausbau à la CVP/SP. Denn der Nationalrat will das obligatorische Vorsparen in den Pensionskassen so ausbauen, dass die Belastung primär im Tieflohnbereich stark stiege. Das liegt daran, dass der Nationalrat den Koordinationsabzug streichen will, womit Angestellte und ihre Arbeitgeber auf dem gesamten Lohn Beiträge bezahlen müssten. Das stört Firmen in Branchen mit höheren Löhnen weniger. Im Gewerbe und in der Landwirtschaft aber schlug das voll durch. «Das wäre nicht verkraftbar», sagt Kurt Gfeller.

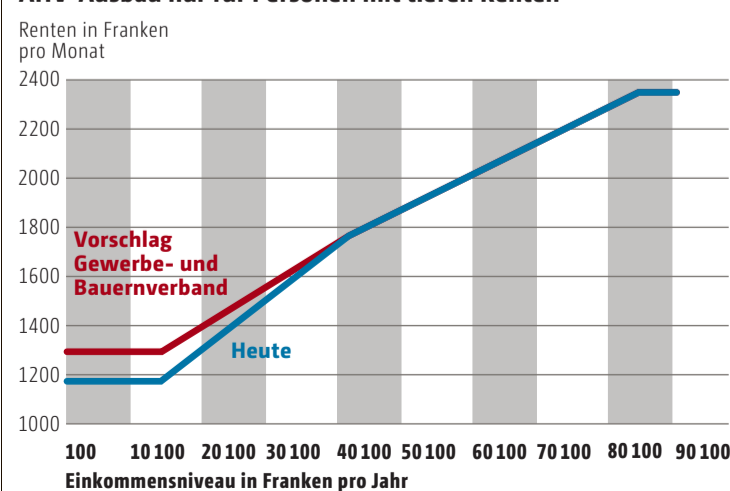
Gewerbe und Bauern wollen deshalb den Koordinationsabzug nicht antasten. Und die Lohnabzüge im obligatorischen Teil der 2. Säule wollen sie nur so stark erhöhen, dass jemand, der mit 25 Jahren neu in den Sparprozess einsteigt, auf dasselbe Renten-niveau kommt wie heute. Das heisst aber auch, dass jene, die bereits im Erwerbsleben stehen, Lücken hinnehmen müssten. Deshalb schlagen die Verbände eine grosszügige Besitzstand-wahrung für alle vor, die 40-jährig oder älter sind. Diese soll solidarisch von allen Arbeitnehmern im Land finanziert werden. Bei Personen unter 40 gäbe es aber immer noch gewisse Lücken. Gfeller erachtet diese als zumutbar, da bis zur Pensionierung noch viel Zeit vergehe und jene mit den tiefsten Einkommen vom AHV-Ausbau profitieren würden.

Besinnt sich die CVP neu?

Wie gut die Chancen des Gewerbe-Bauern-Modells sind, ist ungewiss. Wenn der Ständerat die Debatte über die Rentenreform im Dezember fortführt, wird das Modell noch nicht ausformuliert vorliegen. Das Ziel der Verbände ist, ihren Vorschlag danach in den Nationalrat einzuspeisen. Entscheidend dürfte sein, ob Bauern und Gewerbler genug CVP-Vertreter überzeugen können. Unmöglich ist das nicht. CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) hat bereits vorgeschlagen, den AHV-Ausbau auf tiefere Renten zu konzentrieren, drang damit aber intern bisher nicht durch. *Fabian Schäfer*

VORSCHLAG VON GEWERBE- UND BAUERNVERBAND

AHV-Ausbau nur für Personen mit tiefen Renten



Grafik nid / Quelle Gewerbeverband